

UNSERE WOCHEN IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

der Bayerische Landtag hat diese Woche in Zweiter Lesung das neue Ladenschlussgesetz beschlossen. Nach jahrelangem Druck unserer Fraktion erhält Bayern damit erstmals eine eigene, zeitgemäße Regelung für Ladenöffnungszeiten – ein bedeutender Fortschritt für die kommunale Gestaltungshoheit und die regionale Wirtschaft!

Das bestehende Bundesrecht von 1956 wird somit endlich durch ein modernes, praxisnahes Landesgesetz ersetzt – ein großer Gewinn für Kommunen, Einzelhandel und Nahversorgung. Eine der wichtigsten Neuregelungen: Digitale, personalfreie Kleinstsupermärkte bis 150 Quadratmeter dürfen künftig rund um die Uhr öffnen. Das stärkt die Nahversorgung gerade im ländlichen Raum, wirkt Fachkräftemangel entgegen und erfolgt ganz ohne zusätzlichen Arbeitsdruck für Beschäftigte.

Darüber hinaus bringt das neue Ladenschlussgesetz mehr Flexibilität und weniger Bürokratie für Städte und Gemeinden. Die Kommunen erhalten mehr Gestaltungsspielraum: Mit bis zu acht gemeindeweiten und vier individuellen verkaufsoffenen Einkaufsnächten pro Jahr können sie Veranstaltungen besser planen und lokale Wirtschaftskreisläufe stärken.

Zugleich bleibt Bewährtes erhalten: Die bisherige Regelung zur Ladenöffnung am ersten Adventssonntag wird nicht gestrichen – viele Städte nutzen diesen Tag seit Jahren erfolgreich für verkaufsoffene Veranstaltungen. Zudem bleiben die allgemeinen Ladenöffnungszeiten von 06.00 bis 20.00 Uhr auch im neuen Ladenschlussgesetz bestehen. So stellen wir sicher, dass der Schutz von Sonn- und Feiertagen ebenso gewahrt bleibt wie die berechtigten Interessen von Familien und Beschäftigten.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Ihr Florian Streibl MdL



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 2:

BÜRGERGELD
GRUNDLEGENDE
ERNEUERUNG!

SEITE 3:

SAUBERE TRENNUNG
ZWISCHEN NGO-
ARBEIT UND POLITIK!

SEITE 5:

UNSERE SOCIAL
MEDIA-BEITRÄGE –
DANKE FÜRS TEILEN!

RÜCKBLICK

Unser Dringlichkeitsantrag: Kleinere und mittlere Auftraggeber von EU-Vergaberichtlinie ausnehmen!

Die EU-Vergaberichtlinien stellen sowohl öffentliche Auftraggeber als auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) vor große Herausforderungen. Mittels Dringlichkeitsantrag haben wir uns deshalb für Erleichterungen für Kommunen und Mittelstand eingesetzt. Unser Ziel ist es, die EU-Schwellenwerte zu dynamisieren. Über die letzten 30 Jahre waren die Schwellenwerte nahezu unverändert. Gleichzeitig sind das allgemeine Preisniveau und die Preise für Bauleistungen massiv gestiegen. Deshalb müssen auch kleinere Aufträge oft europaweit ausgeschrieben werden.

Größere öffentliche Aufträge werden nicht anhand nationaler Verfahrensregeln vergeben, sondern auf Basis der EU-Vergaberichtlinie. Vor Beginn einer Beschaffung muss der öffentliche Auftraggeber den voraussichtlichen Auftragswert – also die Gesamtvergütung, die der Auftragnehmer für die Ausführung des Auftrags erhalten wird – realistisch einschätzen. Falls das Auftragsvolumen den festgelegten Schwellenwert überschreitet, ist eine aufwendige europaweite Ausschreibung erforderlich. Für Bauleistungen liegt der Schwellenwert bei 5,538 Millionen Euro.

Die starren Schwellenwerte führen in der Folge dazu, dass kleinere und mittlere Unternehmen benachteiligt werden, denn sie sind viel seltener mit den langwierigen und aufwendigen EU-Vergabeverfahren konfrontiert, müssen jedoch die gleichen Ressourcen wie größere Wettbewerber vorhalten, um am Ausschreibungsverfahren teilnehmen zu können. Deshalb müssen die Schwellenwerte deutlich angehoben werden. Mehr [HIER](#).

Unser Dringlichkeitsantrag: Bürgergeld grundlegend erneuern!

In einem weiteren Dringlichkeitsantrag fordern wir den Bund zu einer umfassenden Reform des Sozialstaats auf – mit besonderem Fokus auf eine Neuausrichtung des Bürgergelds. Das Bürgergeld ist zum Sinnbild eines überregulierten, realitätsfernen Sozialsystems geworden. Es braucht klare Regeln statt ausufernder Bürokratie – und vor allem eine konsequente Aktivierung der Leistungsbezieher. Konkret plädieren wir daher dafür, das Prinzip des Förderns und Forderns zu stärken, Fehlanreize zu beseitigen und die Jobcenter konsequent zu entlasten.

Dazu fordern wir die Wiedereinführung verbindlicher Mitwirkungspflichten, schnellere Sanktionen bei Totalverweigerung, selbstständige Tätigkeiten, die nicht zum Lebensunterhalt reichen, auf höchstens zwei Jahre zu befristen sowie eine zügige Digitalisierung der Jobcenterprozesse. Auch Karenzzeiten und realitätsferne Vermögensfreigrenzen sollten abgeschafft und überlappende Zuständigkeiten zusammengeführt werden.

Für uns steht fest: Der Sozialstaat darf kein dauerhafter Rückzugsort für Bequemlichkeit sein, sondern muss gezielt jenen helfen, die unsere Unterstützung wirklich brauchen. Dabei wollen wir kein Sparpaket auf dem Rücken der Bedürftigen – sondern ein Sozialsystem, das wirksam denen hilft, die wirklich bedürftig sind, und sich langfristig tragen lässt. Mehr [HIER](#).

Saubere Trennung zwischen NGO-Arbeit und Politik!

Wir möchten die Prüfung der Verwendung von Steuergeldern im Hinblick auf NGOs ermöglichen, um deren Mittelverwendung rechtsstaatlich im Blick zu behalten. Die sorgsame Verwendung von Steuergeldern sollte uns allen ein besonderes Anliegen sein, da sie das Vertrauen in staatliche Institutionen stärkt. Jeder Verdacht der Verschwendung spielt den politisch Extremen in die Karten und sorgt zu Recht für Unmut in der Bevölkerung. Nichtregierungsorganisationen und andere Institutionen sind ein wichtiger Bestandteil der Zivilgesellschaft. Wichtig ist aber auch die Gewährleistung von Meinungsneutralität und Unabhängigkeit von politischen Einflüssen bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine rechtsstaatliche Prüfung darf zudem nicht zu erheblichen Mehrkosten und höherem Bürokratieaufwand führen, da dies dem Ziel einer sorgsamen Verwendung von Steuergeldern zuwiderliefe. Insgesamt muss folgender Grundsatz gelten: Es darf nicht sein, dass NGOs direkt Politik betreiben. Dafür gibt es die zur politischen Willensbildung vorgesehenen Akteure. Mehr [HIER](#).

Brenner-Konflikt: Verkehrsgeplagte Kommunen entlasten!

Es ist an der Zeit, dass die Verkehrsprobleme im Alpenraum gelöst werden. Leider sind dem Freistaat Bayern die Hände gebunden, weil die Entscheidungskompetenzen in Berlin liegen. Wir fordern die schwarz-rote Bundesregierung deshalb auf, als Nebenkläger die EuGH-Klage gegen die Tiroler Lkw-Fahrverbote zu unterstützen. Die

Republik Italien hat bereits im Sommer 2024 gegen Fahrverbote auf der Inntal- und Brennerautobahn geklagt. Im November 2024 ist die EU-Kommission der Klage beigetreten. Vieles spricht dafür, dass die Tiroler Verkehrsbeschränkungen dem Grundsatz des freien Warenverkehrs als Eckpfeiler des europäischen Binnenmarktes zuwiderlaufen. Im Interesse der Verkehrsteilnehmer, der betroffenen Anwohner sowie der bayerischen Wirtschaft muss der Bund dem Gerichtsverfahren beitreten. Parallel können Verhandlungen mit dem Land Tirol weitergeführt werden.

Fakt ist, dass auf der Brennerachse in den letzten Jahren neue Verkehrsrekorde erreicht wurden. Hinzu kommen Baumaßnahmen, die für erhöhtes Stauaufkommen sorgen. Unsere Nachbarn in Tirol und Salzburg reagieren zum Schutz der Anwohner mit Autobahn-Abfahrverboten und Lkw-Blockabfertigung. Doch auch viele Menschen in Bayern leiden unter der zunehmenden Verkehrsbelastung – vor allem in den Landkreisen Rosenheim, Traunstein und Berchtesgadener Land. Neben dem Lkw-Verkehr sorgt der Ausweichverkehr von Urlaubern für massive Belastungen.

Für Fahrverbote in Bayern, die den gesamten Ausweichverkehr erfassen, fehlt es hingegen an einer bundesrechtlichen Grundlage. Diese muss schnellstens geschaffen werden, damit die Autobahn GmbH die notwendigen verkehrsrechtlichen Anordnungen erlassen kann. Notwendig ist unter anderem ein Abfahrverbot bei Stauzeiten auf der A8 bei Frasdorf. Für Entspannung könnte auch die Verlagerung von Gütern auf die Schiene sorgen. Die Bestandsstrecke zwischen Grafing und Kiefersfelden ist lediglich zu etwa 60 Prozent ausgelastet – Kapazitäten sind also vorhanden. Mehr [HIER](#).

Fraktion zum Urteil des Verwaltungsgerichtshofs: Kreuz steht für Menschlichkeit, Werte und unsere kulturelle Identität

Der Richterspruch, wonach ein Kruzifix im Eingangsbereich eines staatlichen Gymnasiums die Religionsfreiheit von Schülern verletzt, ist ein harter Schlag für das in Bayern besonders tief verwurzelte Christentum. Wenn das Kreuz in Grundschulen und Förderschulen hängt, dann hat es auch in Gymnasien zu hängen. Denn das Kreuz steht nicht nur als religiöses Symbol für Menschlichkeit. Es verkörpert ein besonderes christlich-jüdisches Weltbild, das unsere Demokratie prägt. Es steht für die Würde des Menschen – und mahnt uns daran, dass diese Würde auch heute immer wieder verletzt wird. Zugleich ist das Kreuz Ausdruck der kulturellen Identität Bayerns. Gerade an staatlichen Schulen steht es für unsere geschichtlichen Wurzeln und die Werte, auf

denen unser Gemeinwesen fußt. Das Kreuz erinnert uns daran, dass Artikel 1 des Grundgesetzes heilig sein soll. Mehr [HIER](#).

UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE – DANKE FÜR'S TEILEN!

#FotosDerWoche: Alexander Hold und Gabi Schmidt mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet

Diese Woche wurden gleich zwei unserer Abgeordneten – Alexander Hold und Gabi Schmidt – mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. Diese hohe staatliche Ehrung wird nur Persönlichkeiten zuteil, die sich in herausragender Weise um den Freistaat Bayern und seine Gesellschaft verdient gemacht haben – sowohl im Hinblick auf politisches Engagement als auch auf ihren kulturellen, sozialen oder gemeinnützigen Einsatz.

Alexander Hold verbindet seit 2018 als Mitglied des Bayerischen Landtags und Vizepräsident politisches Verantwortungsbewusstsein mit nachhaltigem Ehrenamt und regionaler Identität, indem er sich für die Belange seiner Heimatregion Allgäu starkmacht. Seine Arbeit ist ein Vorbild für gesellschaftliches Miteinander und gelebte Demokratie.

Gabi Schmidt setzt sich seit 2023 als Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt mit Nachdruck für Ehrenamtliche in ganz Bayern ein. Doch schon lange davor – seit 2013 – engagierte sie sich als Mitglied des Landtags für zahlreiche sozialpolitische Themen und in der Kinderkommission. Gabi Schmidt steht wie kaum eine andere für das Herz und die Seele unseres bayerischen Ehrenamts – sie stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit Kompetenz, Wertschätzung und unermüdlicher Tatkraft.

Die schönsten Fotos von der Verleihung gibt's [HIER](#).





#ReelDerWoche: Bevölkerung besser auf Krisensituationen vorbereiten!

Wie verhalte ich mich richtig in Krisen- und Konfliktsituationen? Angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage sowie weiterer Bedrohungsszenarien fordern wir FREIE WÄHLER den Bund mittels Antrag auf, nach schwedischem Vorbild eine Informationsbroschüre zu korrekten Verhaltensweisen zu entwickeln. Was darin enthalten sein soll, erklärt unser Sprecher für Rettungsdienste und Mitglied im Innenausschuss Bernhard Heinisch im Reel.

Zum Reel geht's [HIER](#).

#AustauschDerWoche: Fraktion trifft Tiroler Landtagsklub der NEOS im Bayerischen Landtag

Diese Woche hat sich unser Fraktionsvorstand mit dem Landtagsklub der NEOS aus Tirol zu einem ersten Kennenlernen und Austausch politischer Positionen im Bayerischen Landtag getroffen. Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl empfing den Abgeordneten zum Österreichischen Nationalrat und Sprecher für Europa, Verkehr, Tourismus & Südtirol, Dominik Oberhofer, sowie die Tiroler Landtagsabgeordnete, Klubobfrau und Fachsprecherin für Bildung, Soziales, Integration, Gesundheit, Pflege und Wohnen, Birgit Obermüller – ein absolut sympathisches Treffen, bei dem wir gespürt haben, wie viel uns verbindet – politisch wie



menschlich. Gerade in den Bereichen Digitalisierung, Bildung und Gesundheitswesen können wir voneinander lernen. Deshalb wollen wir den begonnenen Dialog fortsetzen – geplant sind Gegenbesuche in Innsbruck und Wien. Mehr [HIER](#).

Lust auf Mehr? Folgen Sie uns:

-  <https://www.facebook.com/fwlandtag>
-  <https://www.instagram.com/fwlandtag/>
-  <https://www.youtube.com/@fwlandtag>
-  <https://www.threads.net/fwlandtag>
-  <https://bsky.app/profile/fwlandtag.bsky.social>

Wir wünschen Ihnen einen guten Start in die Woche!

Impressum

Florian Streibl, MdL
Othmar-Weis-Straße 5
82487 Oberammergau
Tel: 08822/935282
Fax: 08822/935287
E-Mail: info@florian-streibl.de
Homepage: www.florian-streibl.de